

### **3 Umkämpfte Medien. Südafrikas steiniger Weg zur Freiheit**

*Frank Windeck*

#### *1. Einleitung*

Um den Stand der Konsolidierung einer jungen Demokratie bewerten zu können, muss, neben anderen Faktoren, der Zustand der Medienfreiheit des Landes untersucht werden. Die Ranglisten von Reporter ohne Grenzen oder Freedom House<sup>1</sup> sind zwar wichtig, um internationale Vergleiche anstellen zu können, bei der Bewertung eines einzelnen Landes sind sie aber kaum hilfreich, da die bei diesen Untersuchungen angelegten Maßstäbe zu stark verallgemeinern und die Ergebnisse nicht genügend Tiefe haben.

Das vorliegende Kapitel orientiert sich daher in seinen Ausführungen an der analytischen Herangehensweise einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2005 (Korte/Grunden 2005:15). Um den Status der Medienfreiheit und damit der demokratischen Konsolidierung in Südafrika genau erfassen zu können, werden insgesamt fünf Bereiche in die Bewertung einfließen.

Zunächst müssen die grundsätzlichen medialen Rahmenbedingungen im Land beleuchtet werden. Welche Medien sind erhältlich, wie sehen die Eigentumsverhältnisse aus, wer übt die redaktionelle Kontrolle aus, hat die Bevölkerung Zugang zu den Angeboten und wie haben sich diese Faktoren in den letzten 15 Jahren verändert?

Ein zweiter Indikator für den Zustand der Medienfreiheit sind die rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Verfassung, das darin enthaltene Medienrecht sowie die später ergänzten relevanten Gesetzesabschnitte spielen ebenso eine wichtige Rolle.

Die medienpolitischen Rahmenbedingungen stellen eine weitere Deutungsebene der Situation dar. Welchen Einfluss übt der mit nahezu zwei Dritteln regierende African National Congress (ANC) auf die Medien und die Mediengesetzgebung aus? Wie wirkt sich dies auf die SABC (South African Broadcasting Corporation) aus? Wie wird mit Minderheiten oder während der Apartheid benachteiligten Gruppen heute umgegangen?

Daneben spielt auch die ökonomische Situation eine entscheidende Rolle. Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen bei der Generierung von Inhalten sowie deren Verbreitung und wie wirkt sich dies auf das demokratische System des Landes aus? Schlussendlich muss auch die Rolle der nicht-staatlichen Akteure und deren Einfluss auf Mediengesetzgebung, Regulierung und SABC berücksichtigt werden.

<sup>1</sup> Vergleiche <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2009.html>; 29.12.2009 und <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2009>; 29.12.2009 (2009a).

## 2. *Rolle der Medien als Baustein demokratischer Entwicklung*

Anhand der genannten Punkte lässt sich die allgegenwärtige Verknüpfung des Mediensektors mit dem demokratischen Transitionsprozess bereits ablesen. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einerseits und der Mediensektor andererseits beeinflussen sich gegenseitig und tun dies permanent. Darüber hinaus sind die Aufgaben der Medien in einer Demokratie vielfältig. Die Medien sollen die Bevölkerung informieren, Zusammenhänge klar machen und Wissen vermitteln, welches für die Entscheidungsfindung und -Fähigkeit mündiger Bürger unbedingt erforderlich ist, zum Beispiel im Vorfeld von Wahlen. Gleichzeitig erfüllen die Medien im Idealfall einen Bildungsauftrag, der dazu beiträgt, die Identifikation der Menschen mit der Staatsform Demokratie zu stärken und den friedlichen Diskurs zwischen unterschiedlichen Auffassungen zu ermöglichen. Gegenüber den Mächtigen übernehmen die Medien außerdem die Funktion der Kontrolle, der „vierten Gewalt“ im Staate und wirken so bei der Eindämmung von Fehlverhalten mit. Ihre Unterhaltungsfunktion soll hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden (Burkart 2005).

Um festzustellen, ob die Medien ihre Funktionen im Kontext des Konsolidierungsprozesses erfüllen, braucht es neben der Analyse der aktuellen Situation auch einen Blick zurück.<sup>2</sup> Denn der Einfluss der Akteure in einem demokratischen Konsolidierungsprozess ist nur so positiv wie die Vorbedingungen, die für sie geschaffen wurden. Dies gilt auch und gerade für die Medien. Werden die Medien von den politischen Akteuren als unabhängige Institutionen gesehen, die ihren wie oben beschriebenen Auftrag zu erfüllen haben oder werden sie lediglich als Instrument zur Durchsetzung der eigenen Interessen betrachtet? Nimmt die Bevölkerung, also der Rezipient der Medien, selbige als ernstzunehmenden Faktor an? Und schließlich muss beleuchtet werden, ob die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen stimmen, damit die Medien ihren Aufgaben überhaupt gerecht werden können.

## 3. *Südafrikas Medien während der Apartheid*

Südafrikas Medienindustrie bestand vor 1994 im Wesentlichen aus zwei Bereichen. Zum einen waren dies die elektronischen Medien Radio und TV. Das Apartheid-Regime kontrollierte diesen Sektor praktisch vollständig über den staatseigenen Sender SABC. Zunächst geschah dies lediglich über die in Englisch und Afrikaans ausstrahlenden Radiostationen des Senders, ab 1976 auch über seine Fernsehprogramme. Im Radiobereich gab es diverse Formate für die unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Ziel war dabei, die sogenannte 'national identity' zu fördern. Ein Beispiel dafür, wie SABC zu einem verlängerten Arm des Regimes wurde, denn hinter dem Begriff stand nicht etwa die multiethnische Gesellschaft, sondern das Zementieren von Unterschieden, um Ausgrenzung zu betreiben.

2 Vergleiche zu den Funktionen der Medien in Demokratisierungsprozessen: Voltmer (2008).

Den zweiten Bereich stellten die Printmedien. Sie wurden ebenfalls durch die weiße Minderheit dominiert, waren allerdings deutlich stärker diversifiziert und weit weniger einer staatlichen Kontrolle unterworfen, als der Bereich der elektronischen Medien, da sich die Printmedien in Privatbesitz befanden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht auch Instrument des Apartheid-Regimes gewesen wären. Hier spielte sich der staatliche Einfluss lediglich auf einer anderen, weniger direkten Ebene ab.

Der Printmarkt wurde von vier großen Firmen beherrscht, alle im Besitz weißer Südafrikaner. Diese Medienunternehmen waren Teil größerer Konzerne, die außerdem auch Druckerpressen und die Papierindustrie kontrollierten. Da somit die gesamte Wertschöpfungskette aus einer Hand kam, waren neue Firmen am Markt praktisch chancenlos (Berger 2000). Die englischsprachigen Printmedien, eher einer liberaleren Tradition verpflichtet und im Besitz der Minenfirma Anglo American auf der einen Seite und die afrikaanssprachigen Printmedien mit engen Verbindungen zur herrschenden National Party (NP) auf der anderen Seite teilten den Löwenanteil des Printmarktes untereinander auf. Daneben existierte schon seit Ende des 19. Jahrhunderts eine gewisse Zahl an Oppositionsmedien, teilweise auch im Besitz von Schwarzen.<sup>3</sup> Diese Medien konnten aber aufgrund der herrschenden Marktsituation immer nur eine untergeordnete Rolle spielen. Außerdem verhinderten die restriktive Lizenz-Politik der Regierung und die Angst des Regimes vor der „rooi gevar“, der roten Gefahr, dass sich der Medienmarkt vor 1994 weiter diversifizieren konnte. Im Gegenteil wurden viele Publikationen nach und nach verboten.

Die massive Zensur dieser Jahre bezog sich allerdings nicht so sehr auf Kritik an der Regierung an sich, sondern konzentrierte sich vor allem auf Kritik, die sich direkt gegen das System der Apartheid richtete. Kritik an der Regierung wurde insofern toleriert, da es sich um eine Angelegenheit unter Weißen handelte. Außerdem konnte so der Anschein einer funktionierenden Medienlandschaft aufrecht erhalten werden.

Ende der 1980er Jahre entwickelte sich daneben außerdem eine alternative Presse, bestehend aus unabhängigen Nachrichtenagenturen, Wochenzeitungen und Untergrundpublikationen (Berger 1996). Diese wurden oft technisch- und finanziell aus dem Ausland gefördert, um ein Gegengewicht zum Apartheid-System zu schaffen.

Insgesamt aber muss festgehalten werden, dass die systemkritischen Medien aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen nur kleine Auflagen erzielen konnten (Berger 2000:2).

3 Wenn hier und im Folgenden von ‚Schwarzen‘ die Rede ist, sind damit zusammenfassend die während der Apartheid aufgrund ihrer Rassenzugehörigkeit unterdrückten Bevölkerungsteile gemeint. In der Terminologie des Regimes wurden diese in sogenannte Blacks, Coloured, Asian und Indians unterteilt.

#### 4. *Südafrikas Medienlandschaft nach der Transformation*

Im Zuge der ersten freien Wahlen veränderte sich die Medienlandschaft Südafrikas grundlegend. Diese Entwicklung begann tatsächlich schon vor 1994. Um aus ANC-Sicht negative Auswirkungen auf das Wahlergebnis zu vermeiden, wurde die Rolle der SABC neu definiert und entscheidende Teile des Personals ausgetauscht. Vorher linientreues Organ des Apartheid-Regimes, übernahm SABC nun die Rolle des unabhängigen Berichterstatters. Dies kam aufgrund eines Kompromisses zustande, den der ANC mit der NP aushandelte. Gegen die Zusicherung, nach den Wahlen beim Konzept der Unabhängigkeit des Senders zu bleiben, erklärte sich die NP einverstanden, dies auch vor den Wahlen so zu handhaben.

Ein nächster wichtiger Schritt für SABC war der Verkauf von sieben seiner Radiostationen vor allem an schwarze Interessengruppen, der 1996 stattfand. Gleichzeitig vergab die kurz nach den Wahlen aufgebaute Independent Broadcasting Authority (IBA) acht neue Radiolizenzen.<sup>4</sup> Diese Lizenzen wurden mehrheitlich an schwarze Investoren vergeben und somit weitere wichtige Schritte auf dem Weg zu einem liberalisierten Radiomarkt getan.

Zusätzlich wurde eine gänzlich neue Art von Radiosendern geschaffen. Die sogenannten Community Radios. Hunderte Lizenzanträge sind bis heute gestellt worden, wobei insgesamt 86 der lokalen Radiostationen bis zum Ende des Millenniums auf Sendung gehen konnten. Knapp 40% davon waren im Jahr 1999 im Besitz von schwarzen Gemeinden. Der Rest teilte sich auf Universitäten, christliche Gruppen und weiße Gemeinden auf. Einerseits erfüllen diese Sender den Anspruch des neuen Südafrika an eine multiethnische Gesellschaft, die auch Minderheiten eine Stimme im Konzert aller Medien einräumt, beziehungsweise besseren Zugang zu vorher unerreichbaren Informationsquellen ermöglicht. Andererseits sind solch kleine Stationen aufgrund ihrer begrenzten Zielgruppen ohne die Unterstützung von außen kaum lebensfähig. Das Portfolio im Bereich Community Media wird in den letzten Jahren durch insgesamt vier TV-Stationen abgerundet (Media Development & Diversity Agency 2009:78ff.). Diese haben größere Zuschauergruppen und ziehen mehr Finanzbeteiligungen an, als die Radiosender. Die zukünftige Einführung von digitalem terrestrischem Fernsehen in Südafrika wird diesen Stationen eher helfen, als schaden.

Auf dem kommerziellen TV-Markt, aufgrund der immensen Anfangsinvestitionen für neue Sender ein begrenzter Markt, verkaufte der Bezahlsender M-Net 20% seiner Anteile an schwarze Kleinaktionäre. Darüber hinaus ging 1998 der erste und bis heute einzige frei empfangbare, rein werbefinanzierte Fernsehsender e-tv auf Sendung, dessen Besitzmehrheit von Anfang an, wenn auch im Laufe der Zeit in unterschiedlichen Konstellationen, von schwarzen Anteilseignern gehalten wurde. Das Satellitenbouquet DSTV soll hier ebenfalls erwähnt werden, wendet sich aber mit seinem Angebot nur an einige wenige Vermögende und fällt bei der Bewertung der Situation daher nicht weiter ins Gewicht.

4 Einrichtung der IBA aufgrund des Independent Broadcasting Authority Act (No. 153), 1993.

Insgesamt waren die Umstrukturierung im Bereich Radio und Fernsehen durch die Liberalisierung des vorher komplett in Staatshand befindlichen und von der weißen Minderheit kontrollierten Radio- und TV-Marktes, die multiethnische Aufstellung der Besitzverhältnisse und die erhebliche Beteiligung von historisch benachteiligten Gruppen am Markt wichtige Schritte hin zur Demokratisierung des Landes. Die Entwicklung wurde durch die IBA maßgeblich gesteuert, da die Lizenzvergabepolitik die Beteiligung schwarzer Südafrikaner an Rundfunkunternehmen bevorzugt förderte.

Den großen Printunternehmen standen ebenfalls bahnbrechende Änderungen ins Haus. Diese Änderungen wurden jedoch nicht durch eine staatliche Institution gesteuert, sondern entwickelten sich schlicht nach den Gegebenheiten des freien Marktes. Vor allem das plötzlich fließende ausländische Kapital veränderte die Lage. Am auffälligsten war der Einstieg des irischen Medienmagnaten Tony O' Riley, der die Argus Gruppe übernahm und in Independent Newspaper Holdings umbenannte. Die Independent Newspaper Holdings trug zwar nicht zwingend zu größerem Pluralismus auf dem südafrikanischen Medienmarkt bei, da O'Riley andere wichtige Zeitungen hinzukaufte und somit zu einer weiteren Titelkonzentration unter einem Dach beitrug, andererseits führte die ausländische Kapitalspritze zu einem verschärften Wettbewerb (Berger 2000:2).

Möglicherweise tiefgreifender als die Wettbewerber aus dem Ausland wirkte sich eine weitere Verschiebung der Besitzverhältnisse aus, die historisch benachteiligten Gruppen den Zugang zum südafrikanischen Medienmarkt öffnete. Durch Aktienkäufe von Einzelpersonen, Zusammenschlüsse schwarzer Geschäftsleute oder auch Gewerkschaftsbeteiligungen kamen schwarze Südafrikaner nun an Firmenanteile oder sogar ganz in den Besitz von Medienunternehmen. Den Startschuss dazu lieferte die Argus-Gruppe mit dem Verkauf des Sowetan im Jahr 1993 (Berger 2000:4).

Ironischerweise geriet die alternative Presse, immerhin ein wichtiger Stützpfeiler des Befreiungskampfes, zeitgleich mit der Liberalisierung des Medienmarktes in schwere See, denn nach 1994 sahen deren Geldgeber keinen Grund mehr, sie noch länger am Leben zu erhalten. Mangels alternativer Einkommensquellen mußten nahezu alle Unternehmen mit der Zeit aufgeben. Die einzigen Ausnahmen waren die East Cape News Agency (später umbenannt in East Cape News) und die Wochenzeitung Weekly Mail, die nur durch eine erhebliche Finanzspritze des britischen Guardian gerettet werden konnte und heute unter dem Namen Mail & Guardian den südafrikanischen Medienmarkt mit investigativem Journalismus bereichert.

So sehr diese Entwicklungen zu begrüßen sind, haben sie doch auch eine Kehrseite. Die ausschließliche Konzentration der Medien auf kommerzielle Gesichtspunkte führte dazu, dass sich sowohl der Printsektor, als auch der private Rundfunk- und TV-Bereich sowie in Teilen selbst SABC, auf die kaufkräftigen und daher für Werbekunden attraktiven urbanen Mittel- und Oberschichten als Zielgruppen fokussierte. Dadurch werden große Teile der südafrikanischen Bevölkerung weder thematisch bedient, noch deren Probleme in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. Eine zweite Folge ist die Ausgrenzung bei der Lieferung von Inhalten, da die journalistischen Produkte auch nur zu den erwähnten Zielgruppen transportiert werden, sich mithin also auf städtische Bereiche konzentrieren. So werden weite Teile des Landes weder

mit kommerziellen Radioprogrammen, noch mit Printprodukten versorgt. Diese Lücke stellt ein erhebliches Problem in der demokratischen Konsolidierung des Landes dar. Die ländliche Bevölkerung, ohnehin schon benachteiligt durch schlechte Ausbildungsmöglichkeiten und fehlende Arbeitsplätze, wird von der Informationsbeschaffung weitgehend ausgeschlossen und ist auf Mundpropaganda und die Programme von SABC angewiesen.

Zu der fehlenden Versorgung seitens der Medien einerseits kommen bei diesen Bevölkerungsteilen andererseits auch noch Analphabetismus<sup>5</sup> und generelle Sprachschwierigkeiten hinzu, denn die großen Printtitel erscheinen in Englisch oder Afrikaans<sup>6</sup>. Große Teile der ländlichen Bevölkerung sprechen aber nur traditionelle afrikanische Sprachen. Darüber hinaus könnten sich viele Menschen eine Zeitung gar nicht erst leisten, selbst wenn sie verfügbar wäre. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Masse der Südafrikaner dem Fernsehen mehr vertraut, als den Presseerzeugnissen des Landes, was bei der Elite genau umgekehrt zu beobachten ist (Kotzé/Steenekamp 2009:104).

Während SABC mit seinen Programmen also die meisten Landesteile erreicht, sind alternative Angebote schwer bis gar nicht erhältlich. Neue politische Einsichten oder gar ein Wechsel bei der Parteipräferenz sind so von der Mehrheit der Bevölkerung nicht zu erwarten. Vor allem, wenn man den Grad der Unterwanderung der SABC durch ANC-Anhänger berücksichtigt, auf den später noch einzugehen sein wird.

Neben diesem klaren strukturellen Demokratiedefizit hat die Situation außerdem eine finanzielle Komponente. Durch die Liberalisierung kamen zwar mehr Anbieter auf den Markt, der Markt an sich wuchs aber mit den ausdiversifizierten Angeboten nicht mit. Ein echtes wirtschaftliches Problem für die Medienkonzerne, die sich immer mehr Konkurrenz um den immer gleichen Markt liefern. Erst als Herausgeber Deon du Plessis im Jahr 2002 mit der Zeitung Daily Sun das erste schwarze Boulevardblatt Südafrikas einführte, zeigte sich, dass hierdurch komplett neue Leserschichten angesprochen werden konnten. Viele Medienkritiker verdamnten das Blatt zwar aufgrund seines boulevardtypischen Sensationsjournalismus, die erfolgreiche Einbeziehung neuer (schwarzer) Leser in die Zeitungslandschaft konnten aber auch diejenigen nicht leugnen, die der Daily Sun das Attribut Zeitung vollkommen absprechen wollten (Krüger 2004:21). Auch die Son, die afrikaanssprachige Schwesterzeitung der Daily Sun konnte einen ähnlichen Erfolg verbuchen. Unerwarteterweise wurde sie zum Informationspool und Sprachrohr für die sogenannten Coloureds aus den Elendsvierteln Kapstadts. Die Leser beider Zeitungen werden zwar nicht mit tiefeschürfenden Meinungsartikeln über komplizierteste politische Hintergründe versorgt, immerhin aber haben sie nun Zugang zu einer Informationsgrundversorgung. Und der Erfolg gibt den Machern Recht. Daily Sun ist mit durchschnittlich über 500.000 verkauften Exemplaren und einer Leserschaft von über 5 Millionen Menschen die größte Tageszeitung Südafrikas geworden. Die Son verkauft

5 UNICEF geht von landesweit 12% Analphabeten zwischen 2000 und 2007 aus.

6 Einzige Ausnahme bei den großen Titeln ist die in KwaZulu-Natal erscheinende Isolezwe.

fünfmal mehr Zeitungen, als ursprünglich geplant. Doch auch diese beiden Zeitungen können das Problem der Landbevölkerung alleine nicht lösen, da auch sie sich stärker auf urbane Bevölkerungsteile konzentrieren.

Die angesprochene Unterversorgung bestimmter Bevölkerungsteile gilt so noch erheblich stärker für die digitalen Medien. Bei den digitalen Medien, zum ersten Mal mit voller Kraft während des Wahlkampfes 1999 in Erscheinung getreten, kommt noch erschwerend hinzu, dass Computerkenntnisse auch bei den urbanen Unterschichten kaum vorhanden sind. So haben sich damals zwar schnell die Vorteile der digitalen Medien wie Interaktivität und schnellere Nachrichtenzyklen einer größeren Nutzergruppe erschlossen, für Demokratie und Entwicklung schien es aber damals unwichtig zu sein (Berger 2000:8).

Seitdem hat das Internet auch in Südafrika Jahr für Jahr deutliche Nutzerzuwächse zu verzeichnen. Von 5,5% der Bevölkerung im Jahr 2000 auf immerhin etwa 9,4% in 2008. Umgekehrt bedeutet dies jedoch den Ausschluss von über 90% der Südafrikaner. Bei den Breitbandanschlüssen sieht das Bild sogar noch schlechter aus. Im Dezember 2008 hatten nur 378.000 Haushalte einen Anschluß (Internetworldstats 2009). Zu teure Computertechnik, fehlende Festnetzleitungen, unzureichende Computerkenntnisse und extrem hohe Anschlusspreise machen den Zugang für den Großteil der Bevölkerung zurzeit noch unbezahlbar. Bezieht man jedoch die Mobilfunknutzer mit ein, dann ändert sich das Bild, denn in Südafrika standen den etwa 4,5 Millionen Festnetzanschlüssen im selben Jahr ungefähr 45 Millionen Handynutzer gegenüber (Freedom House 2009b:1). Im Jahr 2008 gingen davon geschätzte 9,5 Millionen Menschen über ihre Mobiltelefone online, was die Internetnutzung auf insgesamt etwa 27% der Gesamtbevölkerung katapultiert. Das Mobiltelefon ist somit zum dominanten Instrument der Kommunikation geworden. Mobile Inhalte werden daher immer wichtiger. Etwas bessere Preise, aber vor allem schnellere Verbindungen, erhofft man sich vom in 2009 fertiggestellten Seacom-Unterseekabel (Windeck 2009a). Insgesamt aber kommen die hohen Preise durch die Monopolstellung einzelner Unternehmen wie der staatlichen Telkom zustande.

Der Graben zwischen arm und reich, Stadt- und Landbevölkerung, gebildet und ungebildet stellt ein großes Problem für die generelle Entwicklung Südafrikas dar und ist die Quelle vieler Probleme, wie zum Beispiel der ausufernden Kriminalität. Der mediale Ausschluss großer Bevölkerungsteile, in der Regel identisch mit dem Heer der sozialen Verlierer, verschärft dieses Problem weiter. Die Zukunft wird zeigen müssen, ob dieser Graben mithilfe sinkender Preise und steigendem Angebot überwunden werden kann. In manchen Bereichen, wie mobilen Messenger-Systemen, haben Anbieter wie MXit bereits die Nase vorn und laufen dem stationären Internet den Rang ab. Exponentiell steigende Nutzerraten alleine werden das Problem aber nicht lösen können, wenn die gelieferten Inhalte die nötige Qualität vermissen lassen.

Insgesamt muss der Einfluss der südafrikanischen Medien im demokratischen Konsolidierungsprozess solange beschränkt bleiben, bis der oben beschriebene Graben überwunden und echte mediale Breitenwirkung erzielt werden kann.

## 5. *Verfassung*

Grundlage für die massiven Veränderungen in der südafrikanischen Medienlandschaft war die vorläufige Verfassung, die 1993 in Kraft trat und bereits das Recht auf Meinungsfreiheit enthielt, welches später auch in der viel gelobten endgültigen südafrikanische Verfassung von 1996 festgeschrieben wurde.

Die Verfassung ist in insgesamt 14 Kapitel unterteilt, wobei das Kapitel zwei die Bill of Rights auflistet. In Sektion 16 der Bill of Rights ist nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung für alle Menschen festgeschrieben, sondern auch die Freiheit der Presse und anderer Medien explizit erwähnt (The Constitution of the Republic of South Africa 1996:9). Dies ist wichtig, da somit nicht nur Einzelpersonen, sondern auch ganze Medienhäuser geschützt werden. Die darin enthaltene Formulierung „other media“ stellt außerdem sicher, dass das Gesetz nicht in die Richtung einer reinen Exklusivität für Nachrichtenmedien gewertet werden kann.

Die Sektion 32 der Bill of Rights hebt das Recht auf Informationszugang hervor und sichert damit unter anderem das Recht für jeden Bürger, einschließlich Journalisten, Informationen von staatlicher Seite zu erhalten (The Constitution of the Republic of South Africa 1996:15). Das Zurückhalten unbequemer Wahrheiten seitens der Behörden, gerne praktiziert in den Nachbarländern Südafrikas, wird somit verhindert oder zumindest stark erschwert. An dieser Stelle zeigt sich jedoch auch, dass Recht und dessen Durchsetzung nicht immer übereinstimmen. Obwohl diese Sektion im Jahr 2000 durch den Promotion of Access to Information Act noch einmal gestärkt wurde, vermuten unabhängige Experten, dass bis zum Jahr 2005 mehr als 60% der diesbezüglich gestellten Anträge von den zuständigen Behörden schlichtweg abgelehnt wurden (Tolsi 2009).

Eine weltweit einmalige Regelung stellt die Sektion 192 der Verfassung dar. Darin wird der Aufbau einer unabhängigen Regulierungsbehörde für den Rundfunk- und TV-Bereich in Auftrag gegeben, woraus später die IBA hervorgehen sollte. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Staat, beziehungsweise die Regierung, keinen Einfluss auf die Regulierungsbehörde nehmen darf.<sup>7</sup> Diese Sektion ist eine direkte Folge aus der Erkenntnis, dass unabhängige Medienregulierung eine der Grundvoraussetzungen für freie Medien ist und stellt einen idealen Gradmesser für die tatsächliche Medienfreiheit eines Landes dar. Jedoch wurde diese gesetzlich festgeschriebene Unabhängigkeit nicht auch auf die SABC ausgedehnt, mit Folgen, die den Sender zum Spielball der unterschiedlichen ANC-Fraktionen werden ließ.

Grundsätzlich bildet die Verfassung Südafrikas, trotz dieser kleinen Schwächen, eine solide Basis, auf dem der demokratische Konsolidierungsprozess weiter aufgebaut werden kann.<sup>8</sup> Riskant aber sind vor allem die Versuche des ANC, diese medienrechtlichen Grundlagen mit weiteren Gesetzesinitiativen soweit zu verändern,

7 Eine Schwäche der Constitution ist, dass der Regulierer nicht zu einer Körperschaft nach Kapitel 9 der Verfassung gemacht wird. Die Unabhängigkeit der hierin erwähnten Institutionen ist stärker formuliert und verankert, als die des Regulierers. So gab es später diverse Kontrollversuche seitens des Department of Communications.

8 Vergleiche zur Rechtsstaatlichkeit Südafrikas: Schmidt in diesem Band.

dass verfassungsrechtlich festgelegte Rechte und Freiheiten de facto beschnitten werden. Diesen wiederholten Versuchen stemmt sich nicht nur die Opposition, sondern auch die Medien selbst sowie nicht zuletzt die Zivilgesellschaft entgegen, wie später noch gezeigt werden wird.<sup>9</sup>

#### 6. Staatliche Regulierung versus Selbstregulierung

Die Frage der Lizenzgebung im Rundfunk- und TV-Bereich wurde also verfassungsgemäß dem unabhängigen Regulierer IBA übertragen, später umbenannt in ICASA (Independent Communications Authority of South Africa).<sup>10</sup> Die Behörde ist seit ihrer Umbenennung nicht nur für Radio- und TV zuständig, sondern auch für die Telekommunikationsbranche, was gerade in den letzten Jahren durch den Siegeszug der Mobiltelefone und des Internets immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Über das Complaints and Compliance Committee der Behörde können außerdem inhaltliche Beschwerden und Beschwerden im Zusammenhang mit Wahlberichterstattung abgewickelt werden. Der Regulierer kümmert sich also auch, zumindest auf Zuruf, um die Überwachung von Inhalten. Sie sind allerdings nur für diejenigen elektronischen Medien zuständig, die nicht Mitglieder der National Association of Broadcasters (NAB) sind. Die NAB hat im Jahr 1993 in Abstimmung mit der IBA ein eigenes, unabhängiges Institut, die Broadcasting Complaints Commission of South Africa, geschaffen (van Rooyen 2007).

Da es bisher keinen gesetzlich geregelten Regulierungsmechanismus für den Printsektor gibt, hat es gerade in den letzten Jahren teils heftige Diskussionen über den richtigen Weg gegeben, mit diesem Problem umzugehen. Die Medienindustrie vertritt überwiegend die Auffassung, dass der Ombudsmann der Presse, der Presscode sowie der Presserrat diese Aufgaben zufriedenstellend meistern und eine Selbstregulierung das einzige Format ist, was mit dem Gebot der Pressefreiheit vereinbar ist.<sup>11</sup> Darüber hinaus verfügen einzelne Medienhäuser über sogenannte *public editors* und versuchen so, Probleme frühzeitig und in Eigenregie zu lösen. All diese Institutionen können jedoch nur dann funktionieren, wenn sich die Beteiligten auch an deren Urteile und Regularien halten. Von Seiten des ANC jedoch wird seit Jahren kritisiert, dass die Medien genau dies nicht tun und daher stärker in die Pflicht ge-

9 Die Verfassung Südafrikas enthält neben den genannten Punkten noch eine ganze Reihe weiterer Elemente, die sich jedoch eher indirekt auf Medien beziehen. Die Diskussion aller Punkte würde die Möglichkeiten dieser Publikation weit übersteigen. Eine umfassende Darstellung zur Mediengesetzgebung und anderen Teilen der Verfassung, die die Medien indirekt betreffen, hat das Medienprogramm Subsahara-Afrika der KAS erstellt (Konrad-Adenauer-Stiftung 2003). Eine erweiterte und aktualisierte Neuauflage wird zurzeit vorbereitet.

10 Die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu wurden im Independent Communications Authority of South Africa Act 2000 festgelegt.

11 Näheres zu den Institutionen Press Council, Press Ombudsman und Press Appeal Council siehe: <http://www.presscouncil.org.za/>; 22.12.2009.

nommen werden müssen, zum Beispiel durch ein noch aufzubauendes Media Appeals Tribunal (MAT). Der Vorschlag hierzu wurde während der Konferenz von Polokwane im Dezember 2007 aufgebracht (ANC 2007). Genaue Vorstellung über Besetzung und Aufgaben des MAT wurden zwar nicht genannt, klar war aber, dass der Kommunikationsminister oder das vom ANC kontrollierte Parlament, dessen Personal und Leitlinien bestimmen würden. Dementsprechend formierte sich der Widerstand in Medien, Opposition und Zivilgesellschaft. Grund für den Vorstoß war die ANC-Interpretation der Medien als ‚hostile‘, also feindlich, gegenüber der Partei und vor allem gegenüber ihrem Führungspersonal.

Die Democratic Alliance (DA), größte Oppositionspartei und ‚official opposition‘ des Landes, hatte und hat zum Thema eine differenziertere Haltung: “We don't view the media as a coherent entity that has some kind of agenda or some kind of strategy; it's a very diverse thing” (International Freedom of Expression Exchange 2009).

Im Nachgang zu der für den ANC und seinen Präsidentschaftskandidaten Jacob Zuma erfolgreichen Parlamentswahl vom April 2009 schließlich nahm die Partei ihre Drohung bezüglich eines MAT wieder zurück.

Damit ist die Diskussion zwar zunächst vom Tisch, kann aber jederzeit wieder als Instrument der Verunsicherung aus dem politischen Hut gezogen werden. Solche Vorschläge scheinen denn auch nicht die Aufgabe zu haben, eines Tages tatsächlich Realität zu werden, sondern eher, die Medien zur Ordnung zu rufen und somit für eine vorausseilende Selbstzensur zu sorgen.

## 7. *Schwarz und Weiß - innere Medienfreiheit und ihre Grenzen*

Um nicht auf halber Strecke bei der Transformation stecken zu bleiben, musste auch die Frage der demografisch ausgewogenen Besetzung von Redaktionsräumen sowie der dazugehörigen Chefetagen beantwortet und gelöst werden. Zur Erinnerung: während der Apartheid gab es vergleichsweise wenige schwarze Journalisten und diese wurden in der Regel eng am Gängelband ihrer weißen Vorgesetzten geführt, handelte es sich nicht um Mitarbeiter der sogenannten ‚struggle‘-Medien. Nun benötigte aber eine geläuterte Medienindustrie schwarzes Personal, das einerseits in der Lage war, die rassistischen Ungleichgewichte in den Redaktionsstuben auszugleichen, andererseits aber eben auch qualitativ hochwertigen Journalismus zu produzieren und Redaktionen oder sogar ganze Medienunternehmen zu leiten. Dies stellte nahezu die gesamte Industrie vor erhebliche Probleme. Eine Ausnahme davon bildete SABC. Der Sender hatte einerseits den Vorteil, wegen seiner vor 1994 ausgestrahlten Programme in den afrikanischen Sprachen bereits über einen gewissen Stamm an schwarzem Personal zu verfügen, andererseits holte man sich konsequent schwarzes, wie auch weißes Leitungspersonal ins Haus, welches über einen einwandfreien demokratischen Leumund verfügte. Auch die neuen privaten Radiostationen konnten ihre Reihen schnell füllen, wohl auch gerade deshalb, weil sie oft im Besitz von schwarzen Investoren waren. Die in Townships verorteten Community Radios wiederum rekrutierten ihr Personal aus jungen Bewohnern der Gemeinden.

Im Printbereich erwies sich der Wechsel als deutlich schwieriger und daher auch langwieriger. Um die Themen der schwarzen Bevölkerung bedienen zu können, hatten zwar viele Printmedien schon vor Ende der Apartheid schwarze Journalisten beschäftigt, denn diese waren die einzigen, die in den Townships arbeiten konnten, sie waren aber zahlenmäßig nicht in der Lage, die plötzliche Nachfrage abzudecken.

Gerade in den ersten Jahren stellten die Redaktionen deshalb viele neue schwarze Journalisten ein, geleitet wurden diese aber von weißen Journalisten. Erst mit der Zeit begann sich dieses zu ändern und im Jahr 2000 standen immerhin neun große Zeitungstitel unter der Leitung von schwarzen Chefredakteuren oder hatten zumindest einen schwarzen stellvertretenden Chefredakteur. Dieser positive Trend hat sich bis heute fortgesetzt und mündet in der Zahl von dreizehn schwarzen Chefredakteuren bei den wichtigsten Blättern.

Der Weg dorthin war für die Medienindustrie ein oft schmerzhafter Prozess. Nicht nur die wiederholt scharfe Kritik aus der Politik, wie zum Beispiel von Seiten des neuen Präsidenten Nelson Mandela, war für die betroffenen Medienmacher oft schwer zu verarbeiten (Mandela 1997).

Vor allem zwei mit großem Aufwand betriebene offizielle Untersuchungen stellten eine erhebliche Herausforderung für die Presseleute und deren Psyche dar. Die erste Untersuchung fand im Rahmen der „Truth and Reconciliation Commission“ statt und wurde von den Medien selbst weitgehend positiv wahrgenommen. 1996 begann die Wahrheitskommission ihre Arbeit und versuchte Verbrechen während der Apartheid unabhängig von Rasse oder Herkunft unter dem Vorsitz von Bischof Desmond Tutu aufzuklären (Truth and Reconciliation Commission 1998). Im September 1997 kam es dabei zur Verhandlung über die Rolle der Medien während der Apartheid. Dabei wurde festgestellt, dass bis auf wenige individuelle Ausnahmen sowohl der SABC, als auch die großen Medienhäuser aufgrund ihrer Berichterstattung eine Mitschuld an der Aufrechterhaltung des Apartheidregimes zu tragen hätten (Krüger 2004:22f.).

Die zweite Untersuchung war von noch größerer Brisanz, da sie sich nicht mehr mit der Vergangenheit, sondern mit der gegenwärtigen Mediensituation auseinandersetzte. Die südafrikanische Human Rights Commission (HRC) erhielt im Jahr 1998 eine Beschwerde wegen Rassismus in den Redaktionen bei den Wochenzeitsungen Sunday Times und Mail & Guardian. Die HRC nahm dies zum Anlass, eine generelle Untersuchung der Medien zu starten. Nach knapp zwei Jahren und teilweise hitzigen Diskussionen in Medien, Politik und Zivilgesellschaft kam es im März 2000 zu einer Reihe von Anhörungen, in denen sich meist weiße Chefredakteure gegen diverse Vorwürfe verteidigen mußten. Die Vorwürfe wurden von den Managern mit dem Hinweis auf den allgemein schlechten Ausbildungsstand der Mitarbeiter zurückgewiesen. Ein aussagekräftiges Ergebnis legte die HRC nicht vor, wohl auch deshalb, weil es im Laufe der Untersuchung immer wieder Gegenvorwürfe gegeben hatte, die die HRC der Beschneidung der Medienfreiheit bezichtigten. Folgerichtig fiel der Abschlussbericht der Kommission sehr weich aus. Darin wurde im Wesentlichen auf Anti-Rassismus-Trainings, Verbesserung von Redaktionsstatuten und die Stärkung der Selbstregulierungsmechanismen abgezielt (South African Human Rights Commission 2000).

Dass das Thema Rassismus in den Redaktionen immer noch ein wunder Punkt ist, zeigt die Empörung um ein Treffen des ‚Forum for Black Journalists‘ (FBJ) aus dem Jahr 2008. Das FBJ hatte zu einem Hintergrundgespräch mit ANC-Präsident Jacob Zuma geladen und zwei unangemeldet erschienene weiße Journalisten aufgefordert, den Raum zu verlassen, da die Veranstaltung nur für die (schwarzen) Mitglieder des FBJ zugelassen sei (Seopa 2008). Die daraus entstandene Debatte wurde wiederum vor die HRC gebracht und endete mit der Feststellung der Kommission, dass die Entscheidung des FBJ, nur schwarze Journalisten auf seinen Veranstaltungen zuzulassen, der Verfassung Südafrikas zuwiderlaufe. Ein entsprechender Einspruch des FBJ gegen die Entscheidung wurde knapp ein Jahr später von der HRC abgewiesen (Mail & Guardian 2008).

Die südafrikanischen Medien haben in den letzten 15 Jahren deutliche Verbesserungen im Sinne einer demografischen Repräsentativität erfahren, inhaltlich hat es seit 1994 ebenfalls eine Kehrtwende gegeben und im Sinne von Besitzverhältnissen und Besetzung der Leitungsebene sind die Fortschritte ebenso unübersehbar, wenn der Prozess auch noch nicht als abgeschlossen angesehen werden kann. Vor allem, wenn es um die Einstellung der Akteure geht, sind Südafrikas Medien immer noch weit von einem Zustand entfernt, in dem die Frage der Rasse keine Rolle mehr spielt. Dies ist bei der Vergangenheit des Landes nicht weiter verwunderlich. Bis zur endgültigen Konsolidierung ist es jedenfalls immer noch ein weiter Weg.

#### 8. *ANC - von der Befreiung zum Kontrollversuch*

Wie oben bereits festgestellt, müssen neben den Medien selbst auch andere Teilnehmer am Konsolidierungsprozess betrachtet und deren Rolle bewertet werden. Dazu gehören vor allem auch die Eliten, wie politischen Parteien<sup>12</sup>, allen voran der seit 1994 ununterbrochen regierende ANC.

Auf dessen Prioritätenliste war das Thema Medienpolitik für lange Zeit gar nicht vertreten. Erst gegen Ende des Jahres 1991 begann sich der ANC mit der Entwicklung einer eigenen Programmatik diesbezüglich auseinanderzusetzen (Teer-Tomaselli 1994). Während viele radikale Stimmen, nicht nur von der Basis, als alleiniges Ziel die vollständige Kontrolle über den SABC als damals wichtigstes Medium des Landes verfolgten, setzten sich letztendlich die Pragmatiker mit einem liberaleren Konzept durch. Denn ihnen war klar, dass mit der NP (National Party) eine vollständige Übernahme des SABC durch ANC-Anhänger nicht durchzusetzen war. Daher einigte man sich im ANC auf eine Politik, die auf einen unparteiischen Sender zielte, da man, auch durch Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, erkannt hatte, dass ein von einer zukünftigen ANC-Regierung kontrollierter SABC kontraproduktiv sein würde. Diese Auffassung wirkte sich auch auf die grundsätzliche medienpolitische Ausrichtung des ANC aus, die sich insgesamt einem System unabhängiger Medien zuwandte.

12 Vergleiche: Weissenbach in diesem Band.

Klar ist jedoch, dass bestimmte Kräfte im ANC von ihrer Grundeinstellung her die westlichen Vorstellungen von freien und unabhängigen Medien nicht unbedingt teilen. Aus Sicht dieser Kreise ist dies durchaus einleuchtend. Der ANC hatte die Widerstandsmedien stets als Werkzeug genutzt, um den Systemwandel herbeizuführen. Die Kontrolle des SABC durch die bisherigen Machthaber musste unter allen Umständen gebrochen werden, um schwerwiegende Nachteile bei den bald anstehenden Wahlen vom eigenen Lager abzuwenden. Darüber hinaus waren weite Teile des ANC durch längere Aufenthalte in kommunistischen Ländern in einem Umfeld sozialisiert worden, das von jeher freie Medien misstrauisch beäugte, sogar wenn möglich deren Existenz verhinderte, um die Medien sodann für eigene Zwecke nutzbar machen zu können.

Natürlich sieht sich keine Partei der Welt gerne öffentlicher Kritik ausgesetzt. An der Art aber, wie die betroffene Partei mit dieser Kritik umgeht, ist leicht erkennbar, wie sie zum Thema Medien- und Meinungsfreiheit steht. Der ANC war diesbezüglich immer zwiegespalten und ist es bis heute. Einerseits entwickelte die Partei eine Medienpolitik, die den Rundfunk- und Fernsehmarkt liberalisierte, eine Politik der Versöhnung und demografischen Gleichstellung propagierte und offiziell immer für die Freiheit der Medien eintrat. Andererseits zeigt sie immer wieder, in unterschiedlichen Ausprägungen, die Neigung, den Liberalisierungsprozess kontrollieren zu wollen (Berger 2009).<sup>13</sup>

Meinungsfreiheit und damit einhergehende Kritik an der Partei wurden und werden oft als persönliche Angriffe gewertet und Journalisten dafür mit diversen Anschuldigungen und Drohungen belegt. Sei es, unpatriotisch zu handeln und das Große Ganze, den Befreiungskampf und die Interessen der Nation auf dem Altar der Meinungsfreiheit zu opfern oder aber parteiisch, voreingenommen und von Gegnern der Bewegung kontrolliert zu sein. Mandelas Meinung dazu: „We do not have black journalists saying what they would like to say. While there are a few exceptional journalists, many like to please their white editors” (Mandela 1997). Der neue Präsident schreckte im Zweifelsfall nicht einmal davor zurück, die Besitzer der Medienhäuser anzurufen und persönlich in die Veröffentlichung von Inhalten einzugreifen (Mandela 1997). Dieses Bild eines medienpolitisch zwiegespaltenen ANC sollte sich auch unter Südafrikas zweitem demokratischen Präsidenten Thabo Mbeki fortsetzen.

War der ANC in den ersten Jahren nach der Machtübernahme noch mit sich selbst und der Frage beschäftigt, welches Lager innerhalb der Bewegung die jeweilige Führungsrolle in welchem Bereich einnehmen würde, änderte sich dies ab 1996 deutlich. Das Department of Communications (DoC) unter dem neuen Minister Jay Naidoo setzte in diesem Jahr eine spezielle Regulierungsbehörde für den Telekommunikationssektor ein. Unter dem Namen Satra (South African Telecommunications Authority) sollte die Lizenzierung von neuen, bevorzugt schwarzen, Telekommunikationsunternehmen erfolgen. Außerdem sollte die Behörde die Anbindung ländli-

13 Berger spricht von „manage liberalization“, der Begriff der Kontrolle kommt der Realität wohl näher.

cher Gebiete an das Telefonnetz und die Versorgung kleiner Gemeinden mit Internetzugängen vorantreiben. Die Resultate waren denkbar mager, die Behörde war auf Jahre hin erfolglos. Bemerkenswert aber war, dass die leitenden Satra Councillors direkt vom Minister ernannt werden konnten und nicht, wie bei der IBA, erst durch ein kompliziertes Verfahren identifiziert, durch das Parlament vorgeschlagen und dann vom Präsidenten ernannt werden mussten. Ein klarer Versuch, die Entwicklung des südafrikanischen Medienmarktes, zumindest an dieser Stelle, direkt politisch zu steuern. Es sollte nur die erste einer ganzen Reihe von Bemühungen seitens des DoC sein, die Liberalisierung des südafrikanischen Medienmarktes im Sinne des ANC und seiner Politik zu kontrollieren.

Im Jahr 1999 wurden diese ministerialen Machtansprüche gesetzlich legitimiert, nicht jedoch, ohne die Kontrolle durch das Parlament einzubauen, das fortan im Laufe eines Mediengesetzgebungsverfahrens, ebenso wie die IBA, vom Ministerium zu konsultieren war (Berger 2009). Somit war den Machtansprüchen des DoC ein Riegel vorgeschoben. Nun ließe sich einwenden, dass bei einem ANC dominierten Parlament, einem ANC-Präsidenten und einem vom ANC geführten Ministerium die Gewaltenteilung eher symbolischer Art sei. Dies trifft so aber nicht ganz zu, da zwischen Ministerium, Parlament und Präsident nicht immer die gleichen politischen Auffassungen herrschten und herrschen (Berger 2009).

Zusätzlich ermöglicht das Verfahren nun die Einmischung sowohl der Medien, als auch der Zivilgesellschaft in den Ablauf, da ab einem bestimmten Punkt auch die Öffentlichkeit in den Vorgang einbezogen werden muss.

Hier ist eine Kontinuität erkennbar, was die Rolle der Zivilgesellschaft angeht. Spielte sie eine extrem wichtige Rolle während der Apartheid, so sank ihr Einfluss im neuen Südafrika. Betrachtet man aber den Kompromiss von 1999, an dem die Zivilgesellschaft übrigens entscheidend mitgewirkt hat, so wird deutlich, warum sie, zumindest im Bereich der Medienpolitik, bis heute von Bedeutung ist. Oft nämlich in der Geschichte des neuen Südafrika wurden Entwürfe zur Mediengesetzgebung eingebracht und nach langer und vor allem öffentlicher Diskussion entweder verworfen oder in einer stark verbesserten Form verabschiedet. Wie präsent die Zivilgesellschaft ist, zeigt auch die sogenannte SOS Kampagne (Save our SABC) (NGO Pulse 2008).

Unter Thabo Mbeki wuchs die mediale Kritik an der Regierung. Parallel dazu verschlechterte sich das Verhältnis zwischen ANC und Medien weiter (Konrad-Adenauer-Stiftung 2003:65f.). Gleichzeitig nahmen auch die Versuche, die SABC stärker unter ANC-Kontrolle zu nehmen, immer mehr zu. Und das, obwohl die Partei den Sender bereits praktisch vollständig unterwandert hatte. Wichtige Schlüsselpositionen wurden mit Parteifreunden oder zumindest Sympathisanten besetzt. Aber auch auf gesetzlicher Ebene versuchte die Regierung ihren Einfluss auf den Sender zu erhöhen. Mit dem sogenannten Broadcasting Amendment Act von 2002 sollten zwei neue TV-Sender zum SABC-Portfolio dazukommen. In der ursprünglichen Fassung sollten diese Sender außerhalb der SABC-Strukturen operieren und direkt

dem DoC unterstellt sein. Erst nach massiven Interventionen der Zivilgesellschaft und sogar von SABC selbst, änderte das Parlament diese Passage.<sup>14</sup>

Drei Jahre später versuchte es das DoC erneut. Diesmal über die sogenannte ICASA Amendment Bill 2005. Darin sollte die Unabhängigkeit des Regulierers beschnitten werden. Leitungspersonal sollte nun vom Minister, nicht mehr durch Parlament und Präsident, ernannt und entlassen werden können sowie die Budgethoheit von ICASA auf die Regierung übergehen. Erst nach langem hin und her kam es zu einer Einigung, die den ministeriellen Kontrollversuch stark abschwächte, aber immerhin den Präsidenten als eines der Kontrollorgane von da ab ausschloss (Berger 2009:19).

Obwohl nie wirklich abseits der medienpolitischen Agenda, ist die SABC in den letzten Jahren wieder in das Zentrum der Diskussionen geraten. Den Anfang dazu machte noch-Präsident Thabo Mbeki kurz vor der nationalen ANC Konferenz von Polokwane im Dezember 2007, als er einen SABC-Board einberief, der seinem Lager eher zugewandt war, als dem seines Konkurrenten Zuma. Die daraus resultierenden senderinternen Grabenkämpfe dauerten bis Mitte 2009 an. In diese Zeit fällt auch die massive finanzielle Krise des Senders, die nicht nur, aber auch durch die Führungskämpfe und das damit einhergehende nicht-Management mit ausgelöst wurde (Berger 2009:21f.). Auf der Konferenz von Polokwane selbst brachten die Delegierten einen Vorschlag zur staatlichen Finanzierung der SABC ein, der wiederum den Verdacht in Zivilgesellschaft und Opposition weckte, man wolle von Seiten des ANC die Finanzen des Senders steuern und sich so stärkeren Zugriff zu sichern.

Aktuell fokussiert sich das DoC unter anderem erneut auf ICASA. Mithilfe der Public Service Broadcasting Bill würden ICASA diverse Verantwortlichkeiten, vor allem im finanziellen Bereich, weggenommen und an neue Körperschaften übertragen, die direkt dem Ministerium unterstellt wären. Außerdem würde dem Minister der direkte Zugriff auf Institutionen wie den SABC-Board ermöglicht und er würde über Redaktionsstatuten, die Ernennung von leitenden Mitarbeitern sowie Entscheidungen in den Bereichen Werbung und Finanzen mitbestimmen können (Harber 2009). Die Zukunft dieser Initiative ist zurzeit völlig offen, ruft aber besorgte Verfassungsrechtler und die Zivilgesellschaft auf den Plan. Ähnliche Reaktionen verursacht der Film and Publications Amendment Act 2009, der durch seine allzu vage Formulierung praktisch sämtliche Publikationen in Südafrika mit einer Art Vorzensur belegen würde und darüber hinaus auch zum Stolperstein für den Informantenschutz werden könnte (Serafino-Dooley 2009).

Sollten die Gegner solcher Initiativen nicht in der Lage sein, diese Vorhaben aufzuhalten oder wenigstens in geeignete Bahnen zu lenken, wird sich dies äußerst negativ auf einen demokratisch notwendigen Meinungspluralismus auswirken und das Fortkommen des demokratischen Konsolidierungsprozesses entscheidend behindern, wenn nicht sogar zu einem Rückschritt führen. Besorgniserregend ist in diesem Zu-

14 Die beiden zusätzlichen SABC-Stationen sind bis heute nicht auf Sendung gegangen. Aufgrund eines riesigen Defizits des Senders von über 900 Millionen Rand, angehäuft in den Jahren 2008 und 2009, ist deren Realisation in unerreichbare Ferne gerückt.

sammenhang, dass Zahl und Intensität der Beeinflussungsversuche in den letzten Jahren immer mehr zunehmen.

### 9. *Die Opposition und die Medien*

Auch die Oppositionsparteien stehen den Medien eher kritisch gegenüber. Ihrer Meinung nach werden unverhältnismäßig viele Berichte über den ANC veröffentlicht, während sie selbst zu wenig Beachtung finden. Diese Beobachtung trifft sicherlich auch zu. Die Gründe dafür liegen aber nicht primär darin, dass die Medien dem ANC gegenüber zu freundlich eingestellt wären, sondern vielmehr in der politischen Realität Südafrikas. Zunächst einmal ist es ein völlig normaler Vorgang, dass eine Regierungspartei, aufgrund ihrer Entscheidungsgewalt, mehr Berichterstattung erfährt, als eine Oppositionspartei. Hinzu kommt, dass der ANC schlicht die dominante Partei auf nahezu allen Verwaltungsebenen des Landes ist, während viele Oppositionsparteien um ihr politisches Überleben kämpfen. Besonders klar werden die Folgen daraus bei den geltenden Regelungen für die Wahlkampfberichterstattung der SABC. Danach bestimmt sich die Höhe der Sendezeit für eine Partei gemäß ihrer aktuellen Parlamentssitze (Schreiner u.a. 2007).

Außerdem verfügen zwar alle relevanten Parteien über Pressestellen und andere Strukturen der Öffentlichkeitsarbeit, das mit der Pressearbeit beauftragte Personal liefert jedoch aus unterschiedlichen Gründen zum großen Teil katastrophale Arbeit. Über fehlende Berichterstattung darf sich also keine der Oppositionsparteien wundern. Einzige Ausnahme hiervon ist die Democratic Alliance (DA). Sie betreibt eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und versteht es exzellent, mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen.

### 10. *Wahlberichterstattung 2009*

Die Pressearbeit des ANC ist ebenfalls sehr professionell, gerade auch wegen der der Partei zur Verfügung stehenden Ressourcen. Zwischen 200 und 400 Millionen Rand soll die Partei für den Wahlkampf ausgegeben haben (Duncan 2009:227). So war im April 2009 niemand ernstlich verwundert, dass Jacob Zuma zum vierten demokratischen Präsidenten Südafrikas gewählt wurde.<sup>15</sup> Zumas persönliches Verhältnis zu den Medien war vor den Wahlen extrem gespannt. Diverse Korruptionsklagen, ein Vergewaltigungsprozess sowie eine ganze Reihe von Anklagen wegen Geldwäsche, Betrug und Bestechung machten ihn in Kombination mit seinen öffentlichen Ämtern zu einem idealen Ziel der Berichterstattung. Interessanterweise änderte sich dies mit der Niederschlagung der Anklagen und seiner Wahl zum Präsidenten der Republik (Weber 2009). Der regelrechte Hagel medialer Kritik hörte innerhalb kürzester Zeit praktisch vollständig auf. Am Ende des Wahljahres konnte man den

15 Vergleiche zur Rolle der Präsidenten im Konsolidierungsprozess: von Soest in diesem Band.

Eindruck gewinnen, dass es eine Zeit mit permanenten medialen Attacken gegen Jacob Zuma nie gegeben hätte. Lediglich einige wenige haben ihn nach wie vor im Visier, wie der international ausgezeichnete Karikaturist Jonathan Shapiro. In seinem Falle ist das Interesse aber genereller Natur, vor seiner spitzen Feder ist keine öffentliche Figur in Südafrika sicher.

Umgekehrt war Zuma nie zimperlich im Umgang mit den Medien. So strengte er diverse Klagen gegen die Medien und einzelne Medienschaffende, wie eben jenen Jonathan Shapiro, an, die sich bis heute auf insgesamt über 100 Millionen Rand Schadenersatz summieren. Die meisten dieser Klagen verliefen im Sande, einige wurden außergerichtlich geregelt, wieder andere stehen noch aus. Auffällig ist jedoch, dass Zuma nie auf die Veröffentlichung einer Gegendarstellung klagte oder den Ombudsmann der Presse einschaltete. Stattdessen klagte er auf hohe, bis dahin in Südafrika nie dagewesene Geldsummen. Dies lässt zumindest die Vermutung aufkommen, dass es ihm nicht um Richtigstellungen ging, sondern darum, seine Kritiker in den Medien zu verunsichern und mögliche Nachahmer auf die Konsequenzen ihres Tuns aufmerksam zu machen und so abzuschrecken.

Die Berichterstattung über Jacob Zumas Kandidatur war trotz allem, ebenso wie die Wahlberichterstattung insgesamt, durchaus ausgewogen. Media Monitoring Africa untersuchte rund 5.000 Beiträge aus insgesamt 70 südafrikanischen Medien in Print, Hörfunk und TV über einen Zeitraum von sechs Wochen und kam zu dem Ergebnis, dass 97% dieser journalistischen Beiträge fair waren (Media Monitoring Africa 2009:6).

Dies galt so generell auch für die Berichterstattung der SABC. Dennoch gab es gerade hier vor allem zwei Ereignisse, die Anlass boten, an der politischen Neutralität des Senders zu zweifeln. Der erste Fall betraf die neugegründete Partei COPE (Congress of the People). COPE wurde für eine Weile als härtester ANC Konkurrent bei den anstehenden Wahlen gehandelt, eventuell sogar fähig, dem ANC die Parlamentsmehrheit streitig zu machen. Die Wahlkampfauftaktveranstaltung der Partei wurde deshalb mit großer Spannung erwartet. SABC ignorierte die Veranstaltung zwar nicht, berichtete aber nur enttäuschend knapp darüber, während andere, relativ unwichtige Parteien, ausführlich behandelt und deren Veranstaltungen live übertragen wurden. Die prompt gelieferte Begründung der Programmverantwortlichen im Sender fiel kurz und, für einen Sender mit öffentlich-rechtlichem Anspruch, wenig überzeugend aus (Windeck 2009b:82).

Acht Tage vor dem Urnengang dann wurde eine Ausgabe des TV-Magazins Special Assignment wenige Stunden vor der Ausstrahlung aus dem Programm genommen. Die Sendung sollte sich mit politischer Satire als Medienform befassen. SABC schob rechtliche Probleme als Grund für die Absetzung vor. Jonathan Shapiro, als Zuma-Karikaturist einer der Hauptinterviewpartner in der Sendung, äußerte sich nach der Absetzung sehr deutlich zu den Vorgängen: „This confirms yet again how spineless the top echelons of the SABC are. They are totally unbothered by notions of freedom of expression; they don't have much regard for freedom of expression” (Mail & Guardian 2009). Selbst führende ANC-Mitglieder mussten nach den Wahlen zugeben, dass der Sender nicht unparteiisch gewesen sei (Windeck 2009b:82).

Insgesamt muss der Berichterstattung zu den Wahlen 2009 außerdem quer durch alle Medien ein schwacher Qualitätsstandard bescheinigt werden. Statt über Fakten und Wahlprogramme wurde über Personen und Veranstaltungen berichtet. Unwichtige Fragen, wie, ob Jacob Zuma mal wieder auf der Bühne getanzt habe, dominierten das Angebot, statt politische Hintergrundberichte und Analysen (Windeck 2009b:76ff.).

### *11. Fazit*

In Südafrika wurden die Medien vor 1994 von erheblichen Zensurmaßnahmen und Repressalien beschränkt. Systemkritische Berichte wurden durch das Apartheidregime besonders streng geahndet. Als Ergebnis wird Medienfreiheit seitdem in Südafrika als einer der Stützpfiler der Demokratie betrachtet und von Medien und Zivilgesellschaft vehement verteidigt.

Die juristischen Grundlagen dazu wurden mit der südafrikanischen Verfassung geschaffen und durch weitere Gesetzesinitiativen in den folgenden Jahren ergänzt. Die gesetzlichen Ansprüche und die Realität im Land stimmen jedoch nicht immer überein. Besonders deutlich wird dies beim Promotion of Access to Information Act aus dem Jahr 2000, der schlichtweg von vielen Behörden nicht umgesetzt wird, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet wären.

Ebenso zwiegespalten ist die Medienpolitik des ANC. Einerseits hat die Partei seit 1993 die Liberalisierung des Medienmarktes vorangetrieben und tritt offiziell uneingeschränkt für Medienfreiheit ein. Andererseits versucht sie diese Liberalisierung in ihrem Sinne zu kontrollieren. Die Durchdringung des gesamten Staatsapparates mit ANC-Getreuen ist 15 Jahre nach dem Ende der Apartheid allgegenwärtig und macht auch vor SABC nicht halt. Eine unabhängige Berichterstattung ist so kaum noch gewährleistet. Die Ansprüche an einen öffentlich-rechtlichen Sender kann SABC daher nicht erfüllen. Umso wichtiger ist der unermüdliche Einsatz der Zivilgesellschaft. Diese hat zwar in den letzten Jahren an Schwungkraft eingebüßt, schafft es jedoch erfolgreich, als korrekatives Element bei Gesetzesinitiativen zu wirken und am Ende bessere Ergebnisse zu erzielen.

Die Rolle der Journalisten im neuen Südafrika wird auch in Zukunft weiter diskutiert werden. Sollen die Medienmacher schonungslos Missstände anprangern oder die Meinungsfreiheit zu Gunsten eines größeren Ganzen zurückstellen? Dass diese Diskussionen so noch geführt werden, spricht einerseits gegen die demokratische Konsolidierung des Landes. Andererseits ist sie vor dem sozialistischen Hintergrund des ANC kaum verwunderlich.

Für den Stand der Medienfreiheit spricht jedoch, dass eine Karikatur ungestraft veröffentlicht werden kann, die den zukünftigen Präsidenten Jacob Zuma und seine engsten Berater dabei zeigt, wie sie Justizia vergewaltigen (Zapiro 2008:124). Trotz massiver Proteste seitens des ANC wurde nur vier Tage später eine Neuauflage der Karikatur mit einer fast identischen Zeichnung veröffentlicht, diesmal erweitert durch eine Sprechblase über Zumas Kopf: „Before we start I just wanted to say how much we respect you!“ (Zapiro 2008:125).

Trotzdem hat Südafrika noch einen weiten Weg zu gehen. Vor allem ist die Rassentrennung in den Köpfen noch lange nicht überwunden, sonst würde man auch nicht-schwarzen Chefredakteuren die Vertretung der Themen und Interessen der schwarzen Leser zutrauen und umgekehrt. Eine Änderung dieser Einstellung ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht.

Der entscheidende Schwachpunkt im südafrikanischen Mediensystem aber, wie in der südafrikanischen Gesellschaft überhaupt, ist das extreme Wohlstandsgefälle. Ein Großteil der Bevölkerung ist von materiellem Wohlstand, höherer Bildung und Information ausgeschlossen. Wiederholte Versuche des DoC diese Situation zumindest im Bereich des Informationszugangs durch ministeriales Management zu ändern sind bisher vollkommen gescheitert. Der traditionelle Medienmarkt wird aufgrund seiner Orientierung am oberen Kundensegment ebenfalls keine Hilfe sein können. Neue Hoffnung versprechen die digitalen Medien. Ob mobile Inhalte die Versorgung der Landbevölkerung und der Armen mit politischer Bildung und Informationen wird sichern können, hängt allerdings von einer Reihe von Faktoren ab. Werden die Zugangskosten sinken, werden die Anbieter relevante Inhalte transportieren, können die Mobiltelefonnutzer aus dem unteren Marktsegment eine Masse bilden, kritisch genug, um für die Betreiber wirtschaftlich interessant zu sein? Fragen, deren Antworten davon abhängen, ob die digitale Migration gelingt oder ob Südafrika ein sozial gespaltenes und damit letztlich nicht voll konsolidiertes Land bleiben wird.

*Literatur*

- ANC* (2007): Communications and the Battle of Ideas, in:  
<http://www.presscouncil.org.za/pages/posts/anc-resolution-on-communications-and-the-battle-of-ideas9.php>; 05.01.2010.
- Berger, Guy* (1996): The Alternative Press. Private and community newspapers and news agencies. Papier präsentiert auf der Konferenz „Reporting Southern Africa“, 14.-16. Oktober 1996, Grahamstown.
- Berger, Guy* (2000): Deracialisation, democracy and development. Transformation of the South African media 1994 2000. Paper für das „Political Economy of the Media in Southern Africa“-Seminar, 24.-29. April 2000, Durban.
- Berger, Guy* (2009): Contested media environments in South Africa: the making of communications policy since 1994, Grahamstown.
- Burkart, Roland* (2005): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, Wien/ Köln.
- Duncan, Jane* (2009): Desperately Seeking Depth: The Media and the 2009 Elections, in: Southall, Roger/ Daniel, John, (Hrsg.): Zunami!. The 2009 South African Elections, Johannesburg, 215-232.
- Freedom House* (2009a): <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=251&year=2009>; 29.12.2009.
- Freedom House* (2009b): Freedom of the Net: A global Assessment of Internet and Digital Media, in: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=384&key=203&parent=19&report=79>; 13.11.2009.
- Harber, Anton* (2009): Public Broadcasting Service Bill. Clear and present danger of return to state broadcasting, in: <http://www.businessday.co.za/articles/Content.aspx?id=85800>; 30.12.2009.
- International Freedom of Expression Exchange* (2009): Ruling Party revives debate on media tribunal, [http://ifex.org/south\\_africa/2009/03/27/ruling\\_party\\_revives\\_debate\\_on/](http://ifex.org/south_africa/2009/03/27/ruling_party_revives_debate_on/); 23.12.2009.
- Internet World Stats* (2009): [www.internetworldstats.com](http://www.internetworldstats.com); 29.12.2009.
- Konrad-Adenauer-Stiftung* (2003): SADC Media Law: A Handbook for Media Practitioners. A comparative overview of the laws and practice in Malawi, Zimbabwe, Namibia and South Africa, Johannesburg.
- Korte, Karl-Rudolf/ Grunden, Timo* (2005): Research Design, in: Konrad Adenauer Foundation (Hrsg.): Media and Democracy. The KAF Democracy Report 2005, Bonn, 11-20
- Kotzé, Hennie/ Steenekamp, Cindy Lee* (2009): Values and Democracy in South Africa. Comparing Elite and Public Values, Johannesburg.
- Krüger, Franz* (2004): Black, White and Grey. Ethics in Journalism, Cape Town.
- Mail & Guardian* (2008): Rights commission dismisses FBJ appeal, in:  
<http://www.mg.co.za/article/2009-02-23-sahrc-dismisses-black-journalist-forum-appeal>;  
02.01.2010.
- Mail & Guardian* (2009): SABC pulls Special Assignment doctee on Zuma, in:  
<http://www.mg.co.za/article/2009-04-14-sabc-pulls-special-assignment-doccie-on-zuma-zapiro>;  
31.12.2009.
- Mandela, Nelson* (1997): Tough talk from the president, in: Rhodes Journalism Review, Nr. 15, Grahamstown, 34.
- Media Development & Diversity Agency* (2009): Trends of Ownership and Control of Media in South Africa, in:  
<http://www.mdda.org.za/Trends%20of%20Ownership%20and%20Control%20of%20Media%2>

0in%20South%20Africa%20-%20Ver%203.3%20%20Final%20-%2015%20June%202009.pdf; 09.12.2009.

*Media Monitoring Africa* (2009):

2009 Election Coverage. Did Media assist citizens in making an informed decision?, in: [http://www.mediamonitoringafrica.org/index.php/resources/entry/2009\\_election\\_coverage\\_did\\_media\\_assist\\_citizens\\_in\\_making\\_an\\_inform](http://www.mediamonitoringafrica.org/index.php/resources/entry/2009_election_coverage_did_media_assist_citizens_in_making_an_inform); 16.11.2009.

*NGO Pulse (Hrsg.)* (2008): About the SOS Campaign, in: <http://www.ngopulse.org/group/sos-campaign/aboutus>; 02.01.2010.

*Press Council* (2009): [www.presscouncil.org.za](http://www.presscouncil.org.za); 29.12.2009.

*Reporter ohne Grenzen* (2009): <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/ranglisten/rangliste-2009.html>; 29.12.2009.

*Schreiner, Wadim/ Kunzmann, Richard/ Rodriguez, Evelyn* (2007): The SABC: A five-year content analysis of news bulletin trends. Media Tenor, in: [http://www.mediatenor.co.za/download.php?download\\_cs=SABCFiveYears.pdf](http://www.mediatenor.co.za/download.php?download_cs=SABCFiveYears.pdf); 06.11.2009.

*Seopa, Tshepiso*: Emotive public hearing on FBJ, „coconuts“, in: <http://www.bizcommunity.com/Article/411/15/22664.html>; 03.01.2010.

*Serafino-Dooley, Kathryn* (2009): The Films and Publications Amendment Act, in: [http://www.fwdeklerk.org/cgi-bin/giga.cgi?cmd=print\\_article&news\\_id=74185&cause\\_id=2137](http://www.fwdeklerk.org/cgi-bin/giga.cgi?cmd=print_article&news_id=74185&cause_id=2137); 22.10.2009.

*South African Human Rights Commission* (2000): Faultlines. Inquiry into Racism in the Media, in: <http://www.polity.org.za/polity/govdocs/reports/hrc/racism-media-00.pdf>; 17.11.2009.

*The Constitution of the Republic of South Africa* (1996).

*Teer-Tomaselli, Ruth* (1994): Militancy and Pragmatism: The Genesis of the ANC's Media Policy, in: *Africa Media Review*, Vol. 8, Nr. 2, 73-87.

*Tolsi, Niren* (2009): Freedom's prisoners, in: *Mail & Guardian*, Vol 25, Nr. 51, 15.

*Truth and Reconciliation Commission* (1998): Truth and Reconciliation Commission of South Africa Report, Vol 4, Chapter 6, Institutional Hearings: The Media, 164-198, in: <http://www.doj.gov.za/trc/report/finalreport/Volume%204.pdf>; 25.11.2009.

*Van Rooyen, Kobus* (2007): The Broadcasting Complaints Commission: a quest for balance, freedom and informed choices. *Communicatio*. Nr. 33 (2), 171, 195.

*Voltmer, Katrin* (2008): „Vierte Gewalt“ im Schatten der Vergangenheit - Die Transformation der Massenmedien in neuen Demokratien, in: Pfetsch, Barbara/ Adam Silke (Hrsg.): *Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen*, Wiesbaden, 92-115.

*Windeck, Frank* (2009a): Afrikas Demokratisierung kommt über den Meeresgrund, in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17302-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17302-544-1-30.pdf); 10.11.2009; 10.03.2010.

*Windeck, Frank* (2009b): Südafrikas Medien – Zwischen freier Wahlberichterstattung und politischer Beeinflussung, in: *KAS Auslandsinformationen*, Nr. 4, 2009, 74-89.

*Zapiro* (2008): Pirates of Polokwane. Cartoons from *Mail & Guardian*, *Sunday Times*, and *Independent Newspapers*, Johannesburg.

